



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM**  
**FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Geschäftszahl 14.972/2-I/1/85

An das  
Präsidium des Nationalrates

1017    W i e n

Parlament

Entwurf eines Bundesgesetzes über  
den Saatgutverkehr (Saatgutverkehrs-  
gesetz 1986); Begutachtungsverfahren

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

Koär. Dr. Österreicher

Klappe 5331 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Befristet	GEHÖRIGKEIT
Zl.	49 28.10.85
Datum:	21. OKT. 1985
Verteilt	28-10-85 Siska

*Dr. H. H. H. H.*

Unter Bezugnahme auf die Entschliebung des Nationalrates  
anlässlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes,  
BGBl.Nr.178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für Handel,  
Gewerbe und Industrie, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme  
zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Saatgutverkehr  
(Saatgutverkehrsgesetz 1986) zu übermitteln.

Wien, am 10. Oktober 1985

Für den Bundesminister:

Beilage

Dr. Schwarz

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*G. G. G.*



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

┌ Geschäftszahl 14.972/2-I/1/85 ┐

An das  
Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft

im H a u s e

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

Koär.Dr.Österreicher

Klappe 5331 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die

Geschäftszahl dieses

Schreibens anführen.

└ ┐  
Entwurf eines Bundesgesetzes über  
den Saatgutverkehr (Saatgutverkehrs-  
gesetz 1986); Begutachtungsverfahren

Zu dem mit Note vom 27.6.1985, Z1.13.561/02-I/3/85, über-  
mittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über den Saatgutverkehr  
(Saatgutverkehrsgesetz 1986) beehrt sich das ho. Ressort fol-  
gendes mitzuteilen:

Zu § 2:

Der Begriff des "Inverkehrsetzens" sollte auf seinen sprach-  
üblichen Umfang des Feilhaltens, Verkaufens und jeden sonstigen  
Überlassens im geschäftlichen Verkehr beschränkt werden.

Der Begriff des "geschäftlichen Verkehrs" bedarf nach ho.  
Auffassung überhaupt keiner Legaldefinition. Zur Auslegung  
dieses Begriffes besteht bereits eine reichhaltige Judikatur  
zu § 1 UWG, die ohne Schwierigkeiten auch bei der Vollziehung  
des als Entwurf vorgelegten Gesetzes herangezogen werden könnte,  
da dessen Vorschriften - wie im Allgemeinen Teil der Erläuterungen  
ausgeführt wird - ebenfalls auf den Kompetenztatbestand "Bekämpfung  
des unlauteren Wettbewerbes" gestützt werden.

Gegen die derzeit vorgesehene Legaldefinition bestehen aus  
ho. Sicht jedenfalls Bedenken im Hinblick auf das Wort "gewerbs-  
mäßig". Dieser Begriff könnte zu dem Mißverständnis führen, daß  
die Vorschriften des geplanten Gesetzes nur auf Gewerbetreibende  
im Sinne der Gewerbeordnung 1973 anzuwenden sind. Dies ist jedoch  
offenbar nicht beabsichtigt, zumal die Bestimmungen ohne Zweifel  
auch für Landwirte, die vom Anwendungsbereich der Gewerbeordnung  
1973 ausgenommen sind, gelten sollen, soweit diese Landwirte

- 2 -

Sämereien von Kulturpflanzen oder Kartoffelknollen in Verkehr setzen. Bei einer Auslegung der Worte "geschäftlicher Verkehr" im Sinne der Judikatur zu § 1 UWG wäre jedenfalls von diesem weiten Geltungsbereich auszugehen.

Um mögliche Unklarheiten über den Anwendungsbereich des als Entwurf vorgelegten Gesetzes zu vermeiden, wird daher angeregt, den Begriff des "geschäftlichen Verkehrs" nicht im Gesetz selbst zu definieren, sondern in die Erläuterungen zum § 1 einen Hinweis aufzunehmen, daß diese Worte im Sinne des § 1 UWG auszulegen sind.

Zu § 12:

In der Z 5 in der ersten Zeile sowie in der Z 7 in der zweiten Zeile sollte es statt "ist" jeweils richtig "sind" lauten.

Zu § 15 Abs.2:

Es stellt sich die Frage, ob nicht auch ein Antrag auf Entscheidung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft für den Fall vorgesehen werden sollte, daß die genannte Anstalt oder Stelle die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Bescheinigung verweigert.

Zu § 22:

Im Abs. 1 Z 2 sollte das Wort "handeln" in der dritten Zeile entfallen.

Zu § 34:

Unvorgreiflich der Haltung des BKA-VD scheint eine eigene Vollziehungsklausel zu § 31 des Entwurfes entbehrlich. Wenn sie nach do. Auffassung jedoch beibehalten werden soll, sollten darin alle gemäß § 43 Abs.1 UWG mit der Vollziehung dieses Gesetzes betrauten Bundesminister - u.a. auch der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie - genannt werden.

In legislatischer Hinsicht wird schließlich darauf hingewiesen, daß nach der Abkürzung "Z" gemäß Pkt. A 14 des Anhanges zu den Legislativen Richtlinien 1979 jeweils kein Punkt gesetzt werden sollte.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung



Wien, am 10. Oktober 1985

Für den Bundesminister:

Dr. Schwarz

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)